

Warum ist die DDR berechtigt im Namen der ganzen deutschen Nation zu sprechen?

Am 10. Oktober hat die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik in überwältigender Mehrheit für die Kandidaten der Nationalen Front gestimmt und damit der Politik unserer Partei und Regierung ihre Zustimmung gegeben. Sie wußte genau, wen und was sie wählt; denn den Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen war eine große demokratische Aussprache über die nationale Mission der DDR, über politische und ökonomische Probleme und über viele kommunale Fragen vorangegangen. In zahlreichen Versammlungen, kleineren Aussprachen, Foren u. a. wurden die Kandidaten gründlich geprüft und ihre Kandidatur in Wählervertreterkonferenzen beschlossen.

Das Ergebnis der im September dieses Jahres stattgefundenen Bundestagswahlen dagegen, dem ein marktschreierischer, von den Steuergebern der Bevölkerung bezahlter Wahlrummel vorangegangen war, hat die Gefahren, die vom Bonner Staat für den Frieden Europas ausgehen, schonungslos sichtbar gemacht. Die CDU/CSU, die von ultrareaktionären und neofaschistischen Kräften geführt wird, konnte den Wahlsieg erringen, weil die SPD der Atomkriegspolitik und den antikommunistischen Revancheplänen dieser Regierungspartei keine echte Alternative, kein eigenes Programm für den Kampf gegen Atomrüstung, für die Sicherung des Friedens und die Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten entgegensetzte. Zahlreiche SPD-Wähler haben dieser Partei ihre Stimme nicht deshalb gegeben, weil sie der Meinung sind, daß die rechten SPD-Führer vom Schlage Wehners und Erlers die Interessen der Arbeiterklasse und der deutschen Nation vertreten; sie hofften vielmehr, der Kriegspartei der Erhard, Adenauer, Strauß und Konsorten eine Niederlage zu

bereiten. Sie hofften, den Kräften in den Gewerkschaftsvorständen, die gegen Atomrüstung und Notstandsgesetzgebung Front machen, damit Auftrieb zu geben, die Ostermarschbewegung und andere Friedenskräfte in ihrem Kampf gegen Atomrüstung und Kriegsvorbereitung zu unterstützen und den Weg für eine Verständigung und Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten freizumachen.

Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, welche Verantwortung die Arbeiterklasse Westdeutschlands für das Schicksal der deutschen Nation trägt. Für ihren Kampf ist ihnen das Manifest zum 20. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, mit dem sich die Volkskammer auf ihrer 13. Tagung am 5. Mai 1965 an das ganze deutsche Volk wandte, eine wichtige Unterstützung. Es ist daher die Pflicht jedes Mitgliedes unserer Partei dafür zu sorgen, daß alle Bürger in unserer Republik auch nach den Wahlen den dort enthaltenen Vorschlägen für eine Deutschlandinitiative ständige Aufmerksamkeit zuwenden.

Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus

Nicht nur mit diesem Manifest, sondern seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik haben unsere Partei und unsere Regierung zahlreiche Vorschläge unterbreitet, um den Weg zu einer friedlichen Zusammenarbeit, zur Annäherung und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten freizumachen. Die Deutsche Demokratische Republik hat daher das Recht, im Namen der ganzen deutschen Nation zu sprechen, sie ist der einzig rechtmäßige deutsche Staat, weil das oberste Gesetz ihrer Staatspolitik ist, zu verhindern, daß je-